

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Jernus Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonto: Dresden 1584
Circulose Riesa Nr. 52.

Nr. 224.

Freitag, 25. September 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Umgekehrt für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Neulandzeile 100 Gold-Pfennige; seitenaußen und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Letze. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe irgendwelcher Erklärungen des Bezugsbesitzers der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsstellen. — Hat der Bezugsbesitzer seinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gostelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. O. A. Teichgraber, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Annahme der alliierten Einladung.

Von unserem Berliner Vertreter.

Die kurze amtliche Mitteilung, daß der Kabinettsrat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten von Hindenburg die Annahme der alliierten Einladung beschlossen hat, ist von den politischen Kreisen mit Befriedigung aufgenommen worden. Nach Lage der Dinge war gar nicht daran zu denken, daß die deutsche Regierung in positiver Sinne entscheiden würde, denn eine andere Lösung hätte die außenpolitische Lage des Reiches außerordentlich kompliziert. Dies mußten selbst die Deutschnationalen anerkennen, die trotz ihrer Bedenken nicht in der Lage gewesen wären, die Verantwortung für eine Ablehnung der alliierten Einladung auf sich zu laden.

Es stehen nunmehr noch Entscheidungen von größter Tragweite bevor. Die Ministerpräsidenten der Länder und der Auswärtige Ausschuss des Reichstages werden ihrerseits dazu berufen sein, das letzte Wort über das deutsche Verhandlungsprogramm zu sprechen, das von der Reichsregierung ausgearbeitet worden ist, und das die materielle Grundlage für die bevorstehende Konferenz darstellen soll. Die Sicherheitskonferenz selbst wird spätestens in 14 Tagen zusammenzutreten. Reichskanzler Dr. Brüning und Außenminister Dr. Stresemann treten den Weg zu den mündlichen Verhandlungen gemeinsam an, und sie werden ebenso bei den entscheidenden Auseinandersetzungen um die Wahrung der deutschen Interessen einen einheitlichen, bis in alle Details festgelegten Standpunkt vertreten. Beide Staatsmänner kämpfen um den letzten Erfolg der von ihnen eingeleiteten Sicherheitspolitik, deren Ziel es ist, Deutschland wieder eine gleichberechtigte Stellung in der internationalen Politik zu sichern und auf dieser Grundlage einen Friedenspakt abzuschließen, der Deutschland nicht neue Opfer auferlegen hätte, sondern der das unbeschnittene Deutschland vor Willkür und Gewalt seiner Nachbarn zu schützen hätte. Die geplante Konferenz ist, wie ausdrücklich festgestellt werden muß, unter gleichberechtigter Mitwirkung der deutschen Regierung zustande gekommen. An der Feststellung des Konferenzprogramms war Deutschland ebenso beteiligt wie die anderen Regierungen, die diesmal den geraden Weg der direkten Verständigung mit der Berliner Konferenz gewählt haben, anstatt wie früher unter sich vollendete Tatsachen zu schaffen und Deutschland nur dazu an den Verhandlungen teilhaben zu lassen, um seine Unterzeichnung unter die zum großen Teil vorher vereinbarten Protokolle zu sehen.

Die Richtlinien, die der Reichskanzler und der Außenminister zur Konferenz mitnehmen werden, dürften in den nächsten Tagen noch den Gegenstand lebhafter Erörterungen der politischen Öffentlichkeit bedeuten. Augenblicklich kommt es darauf an, eine für Deutschland möglichst günstige diplomatische Atmosphäre zu schaffen, die geeignet wäre, zu einem baldigen erfolgreichen Abschluß des Sicherheitsproblems zu führen. Obwohl man vor einem übertriebenen Optimismus warnen wird, doch allgemein festgestellt, daß die anderen Mächte sich in den letzten Wochen bemüht haben, der deutschen Regierung die Entscheidung zu erleichtern und das Austauschen neuer Schwierigkeiten zu vermeiden. Allerdings wäre es wünschenswert gewesen, wenn die deutsche Regierung wesentlich früher von den Konferenzabsichten der Alliierten verständigt worden wäre. Sie hätte dann früher Gelegenheit gehabt, die deutschen politischen Kreise über die Sachlage zu informieren und deren Stellungnahme dazu einzuholen. So konnte es nicht vermieden werden, daß im letzten Augenblick noch innenpolitische Schwierigkeiten entstanden, deren Überwindung mehrere Tage ernstlicher Beratungen erforderlich gemacht hat. Von weitestlicher Bedeutung ist immerhin die Tatsache, daß man in Deutschland gegenwärtig fest davon überzeugt ist, daß der Sicherheitspakt zustande kommt und ein Scheitern der Konferenz kaum zu befürchten ist. Dies ist zweifellos noch bestehenden Schwierigkeiten würde man eine Vermeidung der Konferenz ohne positives Ergebnis für ganz unbedenklich halten, zumal auf jeder der beteiligten Regierungen eine riesengroße moralische Verantwortung lastet.

Ministerpräsidentenkonferenz.

Berlin. Heute vormittag um 11 Uhr hat in der Reichstagskammer die Sitzung mit den Ministerpräsidenten der Länder begonnen. Zur Teilnahme waren auch die künftigen Mitglieder des Reichsrates geladen.

Heute vormittag werden die außenpolitischen Fragen besprochen, heute nachmittag die Wirtschaftslage, die Frage des Preisabbaus usw.

Die deutsche Bereitschaft für den Völkerbund.

Wie wir hören, wurde anlässlich der Entscheidung über die Annahme der alliierten Einladung innerhalb des Reichskabinetts nochmals über die Stellungnahme Deutschlands zum Völkerbund gesprochen. Dabei stellte sich die Reichsregierung auf den Standpunkt, daß sich an der Bereitschaft Deutschlands, nach der Klärung der bereits von der Reichsregierung aufgeworfenen Fragen in den Völkerbund einzutreten, nichts geändert hat. Auf dieser Grundlage werden die deutschen Unterhändler auf der bevorstehenden Sicherheitskonferenz formulierte Erklärungen abzugeben haben, deren Inhalt vorher vom Reichskabinet vereinbart worden soll.

Daily Telegraph zur Vorkonferenz.

London. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt zur Annahme der Einladung der Alliierten durch die deutsche Regierung weiter: Es verfaßt, daß Deutschland davon abgesehen habe, in seiner Annahmeerklärung der Einladungen irgendwelche Vorbehalte über den Gegenstand der Erörterungen auf der kommenden Ministerkonferenz zu machen, andererseits in zwischen den Alliierten und Deutschland vereinbart worden oder wird vereinbart werden, das keine absolut bindenden Entschlüsse auf der Konferenz gefaßt werden sollen, sondern daß auch das Ergebnis der Verhandlungen der deutschen Regierung, dem deutschen Parlament und den deutschen Ländern unterbreitet werden müsse, bevor die endgültige Unterzeichnung und Ratifizierung der Abmachungen erfolgen könne. Inwieweit wird die Konferenz als weichen „lediglich informativ“ bezeichnet, im dem Sinne, daß die wirkliche Entscheidung einer darauffolgenden Plenarkonferenz der Premier- und Außenminister vorbehalten bleiben soll.

Keine Kolonien für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt zur Annahme der Einladung der Alliierten durch die deutsche Regierung u. a.: Die britische Regierung wünscht selbstverständlich sehr dringend Deutschlands baldigen Eintritt in den Völkerbund; aber die Zeitungsbereiche, die behaupten, daß Großbritannien bereit sein werde, Deutschland diesen Schritt dadurch zu erleichtern, daß ihm unter einem Mandat des Völkerbundes Togo, Kamerun oder sogar die Karolinen — die Japan als Mandatar verwalten — zurückerhalten werden sollten, sind selbstverständlich unangenehm.

Frankreich bereitet in Vercano vor.

Paris. Das französische Verzeichnis der Vorkonferenz, aus der hervorgeht, daß der französische Generalstab aus dem bereits dort eingetroffenen, um mit dem Pariser-Minister der Französischen Unterbringung der französischen Delegation für die Sicherheitskonferenz zu erörtern.

Deutschland und Italien.

In den deutschen diplomatischen Kreisen richtet man die Aufmerksamkeit auf die gegenwärtigen Bemühungen Italiens, auf den Abschluß des Sicherheitspaktes in dem Sinne einzuwirken, daß Italien als europäische Großmacht an der Garantierung des Friedens teilhaben soll. Man hält es deshalb für durchaus wahrscheinlich, daß durch eine eventuelle Annäherung Mussolinis auf der Sicherheitskonferenz auch die Frage der deutsch-italienischen politischen Beziehungen eine große Rolle spielen dürfte. In Deutschland ist man zweifellos sehr stark daran interessiert, daß Italien sich am Sicherheitspakt beteilige, ohne daß jedoch dadurch neue Einzelfragen, wie zum Beispiel die Garantierung der Brennergrenze, aufgeworfen werden solle.

Die Vorbereitungen für eine Luftfahrtskonvention.

Die wir hören, beabsichtigt die tschechische Regierung, in kürzester Frist an Deutschland eine offizielle Einladung zu der in Prag geplanten internationalen Luftfahrtskonferenz zu senden und bei dieser Gelegenheit die Anfrage zu stellen, ob Deutschland bereit sein würde, einer internationalen Luftfahrtskonvention beizutreten. In den Kreisen der Prager Regierung sei man absolut der Meinung, daß die deutsche Regierung ihrerseits schon eingehende Vorbereitungen getroffen habe, um auf einer solchen Konferenz den deutschen Standpunkt darzulegen. Zweifellos würden die interessierten Mächte den größten Wert darauf legen, den deutschen Standpunkt auf der geplanten Luftfahrtskonferenz kennen zu lernen.

Die Aufgaben der deutschen Vorkonferenz.

Wie die Blätter melden, wird nach den Beratungen der Ministerpräsidenten und der Tagung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages das Reichskabinet in der nächsten Woche nochmals an einer Sitzung zusammenzutreten, in der über die Haltung Deutschlands zu den auf der Vorkonferenz zu erörternden Fragen Beschlüsse gefaßt werden soll. Nach den Äußerungen mehrerer Blätter dürfte als Grundlage der Konferenzverhandlungen der Londoner Entwurf der Juristen dienen, der, wie die Blätter wissen wollen, eine nicht ganz ungünstige Aufnahme in Berlin gefunden hat. Die Frage der Tagesordnung der Konferenz ist jedoch noch nicht gelöst. Deutschland vertritt hier den Standpunkt, daß sich die Konferenz lediglich mit dem Vorkonferenz beschaffen soll. Wie die Blätter hervorheben, dürften neben den eigentlichen Punkten der Tagesordnung ebenso wie bei der Londoner Reparationskonferenz eine Reihe wichtiger Fragen in privaten Besprechungen aufgeworfen werden. Die Blätter nennen hier als „Auswirkungen“ des Abschlusses eines Sicherheitspaktes die Herabminderung der Besatzungslast, Beseitigung der Fiktionen für die Besetzung, Verminderung der Besatzungstruppen und vor allem die Sicherstellung der sofortigen Räumung der Ruhrzone, ferner die Frage der Behandlung des Saargebietes. — Ein Zustand, in dem die Vorkonferenz kaum eintreten, wenn das Datum für die Vorkonferenz festgelegt ist, nicht vorverlegt wird und schließlich der dem deutschen Empfinden und der deutschen Auffassung von Recht widersprechender Investigativschluß des Völkerbundes, durch den eine Verewigung der militärischen Kontrolle über Deutschland, noch dazu unter französischer Führung, vorgesehen ist. Auch über die Geltungsdauer des abzuschließenden Vertrages muß auf der Konferenz entschieden werden. Angesichts des großen Komplexes politischer Fragen, die auf der Konferenz zur Erörterung stehen, ist nach den Blättern mit einer längeren Dauer der Konferenzverhandlungen zu rechnen. Was den Konferenzort angeht, so glauben die Blätter, daß Vercano, dessen Wahl von Deutschland unerbittlich angestrebt worden ist, zum Verhandlungsort auserkoren wird.

Washington. Bei der Eröffnung der Verhandlungen über die Regelung der französischen Schulden an die Vereinigten Staaten führte Caillaux aus, Frankreich habe ihn bevollmächtigt, den Vereinigten Staaten Frankreich gegen Amerika nachzukommen. Niemand in Frankreich werde je versuchen, was Frankreich Amerika schulde, sowohl für seinen ständigen Anteil an der gegenseitigen Verteidigung des Krieges als für die edle Hilfe, die das französische Volk von den amerikanischen Bürgern in Zeiten der Not empfangen habe. Die Forderung, die Ende des 18. Jahrhunderts zwischen den beiden Ländern geschlossen worden seien, werde Frankreich niemals vergessen. Er sei überzeugt, auch in Amerika werde sie niemand vergessen. Zunächst, fuhr er fort, wollen wir, wenn die es wünschen, als praktische Menschen an unsere Forderungen herangehen, von dem Verlangen befreit, die Rechnung zu finden, die allen materiellen Interessen gerecht wird, die der Vergangenheit zweier großer Nationen würdig ist, und die so gestaltet ist, daß sie den Frieden festigt und die Entwicklung der Weltwirtschaft fördert.

Caillaux über Frankreichs Zahlungsbereitschaft.

Paris. Nach einer Meldung des Matin aus Washington hat Finanzminister Caillaux achtern der amerikanischen Schuldentilgungskommission folgende Erklärung abgegeben: 1. Frankreich erkennt formell seine Kriegsschulden an und ist bereit, sie im Betrage von 200 Millionen Dollars zurückzuzahlen. 2. Frankreich schlägt vor, zu dieser Summe die Schulden aus dem noch nicht beendeten Ankauf des von dem amerikanischen Ozean im Jahre 1919 zurückgelassenen Materials im Betrage von 107 Millionen Dollars hinzuzurechnen, wodurch sich die französische Schuld auf 307 Millionen Dollars erhöhen würde. 3. Frankreich nimmt als Zahlungsperiode die von dem amerikanischen Kongress vorgeschlagene Periode von 62 Jahren an und wird keine Zahlungen leisten. 4. Frankreich verlangt kein Moratorium und schlägt vor, während der ersten 5 Jahre jährlich 25 Millionen Dollars einschließlich 20 Millionen Zinsen für anfangs gekauftes Anzeigematerial zu zahlen, während weiterer 5 Jahre je 20 Millionen, die darauf folgenden 10 Jahre 15 oder 20 Millionen Dollars und von 1946 ab während der noch verbleibenden 42 Jahre Zahlungen, die sich progressiv bis zu 80 Millionen Dollars steigern. Frankreich fordert aber, daß den Abmachungen eine Klausel beigefügt werde, durch die seine Zahlungsfähigkeit in Rechnung gestellt werde, damit, wenn sie geringer sei, als man jetzt annehme, die verprochenen Zahlungsbeträge herabgesetzt werden können.

Frankreichs Vorsätze zur Regelung seiner amerikanischen Schulden.

Washington. Bei der Eröffnung der Verhandlungen über die Regelung der französischen Schulden an die Vereinigten Staaten führte Caillaux aus, Frankreich habe ihn bevollmächtigt, den Vereinigten Staaten Frankreich gegen Amerika nachzukommen. Niemand in Frankreich werde je versuchen, was Frankreich Amerika schulde, sowohl für seinen ständigen Anteil an der gegenseitigen Verteidigung des Krieges als für die edle Hilfe, die das französische Volk von den amerikanischen Bürgern in Zeiten der Not empfangen habe. Die Forderung, die Ende des 18. Jahrhunderts zwischen den beiden Ländern geschlossen worden seien, werde Frankreich niemals vergessen. Er sei überzeugt, auch in Amerika werde sie niemand vergessen. Zunächst, fuhr er fort, wollen wir, wenn die es wünschen, als praktische Menschen an unsere Forderungen herangehen, von dem Verlangen befreit, die Rechnung zu finden, die allen materiellen Interessen gerecht wird, die der Vergangenheit zweier großer Nationen würdig ist, und die so gestaltet ist, daß sie den Frieden festigt und die Entwicklung der Weltwirtschaft fördert.

Frankreichs Vorsätze zur Regelung seiner amerikanischen Schulden.

Paris. Nach einer Meldung des Matin aus Washington hat Finanzminister Caillaux achtern der amerikanischen Schuldentilgungskommission folgende Erklärung abgegeben: 1. Frankreich erkennt formell seine Kriegsschulden an und ist bereit, sie im Betrage von 200 Millionen Dollars zurückzuzahlen. 2. Frankreich schlägt vor, zu dieser Summe die Schulden aus dem noch nicht beendeten Ankauf des von dem amerikanischen Ozean im Jahre 1919 zurückgelassenen Materials im Betrage von 107 Millionen Dollars hinzuzurechnen, wodurch sich die französische Schuld auf 307 Millionen Dollars erhöhen würde. 3. Frankreich nimmt als Zahlungsperiode die von dem amerikanischen Kongress vorgeschlagene Periode von 62 Jahren an und wird keine Zahlungen leisten. 4. Frankreich verlangt kein Moratorium und schlägt vor, während der ersten 5 Jahre jährlich 25 Millionen Dollars einschließlich 20 Millionen Zinsen für anfangs gekauftes Anzeigematerial zu zahlen, während weiterer 5 Jahre je 20 Millionen, die darauf folgenden 10 Jahre 15 oder 20 Millionen Dollars und von 1946 ab während der noch verbleibenden 42 Jahre Zahlungen, die sich progressiv bis zu 80 Millionen Dollars steigern. Frankreich fordert aber, daß den Abmachungen eine Klausel beigefügt werde, durch die seine Zahlungsfähigkeit in Rechnung gestellt werde, damit, wenn sie geringer sei, als man jetzt annehme, die verprochenen Zahlungsbeträge herabgesetzt werden können.

Die Shenandoah-Katastrophe.

Pasadena. Vor der Untersuchungskommission für das Shenandoah-Unglück gab Oberst Hall, der militärische Beobachter an Bord, der Meinung Ausdruck, daß das Versagen zweier Motoren wahrscheinlich die eigentliche Ursache der Katastrophe war. Hätten alle Motoren funktioniert, wäre das Luftschiff wahrscheinlich nicht in den Wirbelsturm hineingezogen worden.

Wiener Regierung und Parlament zu den Genfer Beschlüssen.

Wien. Der Nationalrat ist für den 1. Oktober zu einer Vollversammlung einberufen. Die Tagesordnung ist noch nicht bekanntgegeben, jedoch wird voraussichtlich ihr einziger Punkt die Stellungnahme zu den Genfer Beschlüssen über Österreich sein. Wie die Blätter dazu melden, ist der Bundeskanzler nach eingehenden Beratungen mit Sachmännern aus dem Gebiete des Staatsrechts zu dem Entschluß gekommen, in Erfüllung der in Genf beschlossenen Resolution und der in dem Begleit Schreiben enthaltenen Empfehlungen dem Nationalrat vorläufig kein Verbot zu unterbreiten, sondern ihm eine Entschließung vorzulegen, die der neuen Genfer Vereinbarung Rechnung trägt. Der Gedankengang dieser Entschließung dürfte ungefähr folgender sein: Die österreichische Volksvertretung nimmt den Inhalt der Genfer Resolution zur Kenntnis und stellt fest, daß die beiden Empfehlungen des Völkerbundes betreffend die Einsetzung eines ausländischen Verwalters bei der Nationalbank und die Möglichkeit der Wiedereinführung der Kontrolle einen korrespondierenden Akt darstellen, der mit dem Inhalt der Resolution fest verbunden ist. Hierdurch wird die am 17. September 1924 zwischen der österreichischen Regierung und dem Völkerbundrat geschlossene Vereinbarung als vollkommen erfüllt angesehen und die Aufhebung der Kontrolle tritt entsprechend den Normen der Resolution in Kraft.